

Stadt ohne Mitte – Parteien ohne Plan

In Unkenntnis und Erinnerungslosigkeit vereint: Die Wahlprogramme von Regierung und Opposition klammern die ausgelöschte Altstadt Berlins weitgehend aus



Geflutet. Dem früheren Senatsbaudirektor Hans Stimmann sind solche Gedankenspiele mit dem historischen Zentrum Berlins ein Graus. Simulation: Graft Architekten

Gut zwanzig Jahre nach dem Glück der Wiedervereinigung sind die „Aufbaujahre“ – durchaus vergleichbar mit der Zeit um 1967 – vorüber. Die Wohnungsnot ist beseitigt, Regierung und Parlament haben ihren Platz in der Stadt gefunden, Friedrichstraße, Potsdamer und Pariser Platz sind wieder selbstverständliche Teile der Innenstadt geworden, die Museumsinsel zeigt Glanzpunkte preußischer Sammlungen, der Bau des Humboldt-Forums ist beschlossen, der Hauptbahnhof hat sich etabliert, und die Eröffnung des neuen Flughafens steht vor der Tür ... Man kann also, wie es die SPD in ihrem Wahlprogramm formuliert, durchaus „stolz auf Berlin“ sein. Man braucht jedoch auch Kraft und Fantasie, denn die nächsten Jahre verlangen ähnliche Anstrengungen bei der Bewältigung neuer Aufgaben, wie zum Beispiel die Nachnutzung der Flughäfen Tempelhof und Tegel.

Dazu kommt aber die überfällige Bearbeitung zahlreicher liegen gebliebener Projekte wie der Weiterbau des Kulturforums, die Urbanisierung des Hauptbahnhofumfeldes sowie die Planung des historischen Zentrums als Stadtmitte Berlins. Entgegen der Behauptung, die Spaltung der Stadt sei mental und politisch nach gut zwei Jahrzehnten überwunden, erkennt man an diesen Themen, wie weit die Stadt davon noch entfernt ist. Das Fragment des Kulturforums erinnert trotz hervorragender Einzelbauten wie ein West-Berliner Mahnmal an die Teilung der preußischen Museen und Bibliotheken, und das nach dem Ende der DDR inhaltsleer gewordene „Freiluftforum“ zwischen Rathaus und St. Marien erzählt weder Bewohnern noch Besuchern etwas über die Mitte einer Großstadt.

Diese Ratlosigkeit spiegelt sich auch in den Programmen der Parteien für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September wider. Zur Ratlosigkeit gesellt sich zu den Vorschlägen der für die Identität Berlins zentralen Themen noch die Verhaftung in längst überholt geglaubten Positionen der geteilten Stadt. Der politische Blick aus der Zeit vor 1989 dominiert schließlich auch die Parteipositionen zur Verlängerung des Stadtautobahnringes A 100 – wovon an dieser Stelle in den nächsten Tagen die Rede sein wird.

Das hervorstechende Merkmal der Positionen aller Parteien im Umgang mit den Gründungskernen Berlins sind die für eine europäische Metropole einmalige Erinnerungslosigkeit und Unkenntnis. Die Vorschläge für die Areale zwischen Rathaus und St. Marien, Molkenmarkt und St. Petri sind beliebig – oder erst gar nicht vorhanden. Die hier im 13. Jahrhundert angelegt und über 700 Jahre

existierenden Stadtgrundrisse mit Kirchen, Kloster und Rathaus haben im Bewusstsein der Partei entweder den Status einer bewahrenswerten Grünfläche (Grüne und Linke) oder eines unbekanntes Ortes für Spurensuche (FDP). Für die regierende SPD und die oppositionelle CDU ist der Ort offenbar zu unwichtig. Beide haben ihn erst gar nicht ins Wahlprogramm aufgenommen.

Doch zurück zu den Positionen zur Zukunft der namenlosen Altstadt Berlins zwischen Fernsehturm und Spree, in der DDR seit 1986 teilweise Marx-Engels-Forum genannt. Dieser Teil Alt-Berlins wurde bis auf St. Marien völlig ausgelöscht. Das enge Gefüge von Straßen, Gassen und Plätzen wurde zum Staatszentrum der DDR samt dem geistigen Mittelpunkt Marx-Engel-Denkmal. Um das Areal zu erschließen, wurden für eine Art innerstädtischer Autobahn Cölln mit St. Petri und große Teile des historischen Berlins mit dem Molkenmarkt, dem Großen Jüdenhof unter Asphalt der neuen Grunerstraße begraben. Diese gewaltsame Auslöschung für eine städtebauliche Inszenierung der politischen Herrschaft einer Partei hat leider in der Wahrnehmung der Danach-Geborenen, der Zugezogenen und der meisten West-Berliner dazu geführt, Berlin für eine Stadt ohne historisches Zentrum zu halten, in dem aus unerfindlichen Gründen im Schatten des Fernsehturms eine Kirche in der Gegend herumsteht. Und die andauernde Debatte über die Sinnhaftigkeit der Rekonstruktion der Schlossfigur für das Humboldt-Forum ist auch Ausdruck der Erinnerungslosigkeit an das typische Spannungsverhältnis von Stadt und (Hohenzollern-)Residenz.

Gerade weil der Bundestag dem Berliner Abgeordnetenhaus bereits 2002 die Entscheidung über den Umgang mit dem Palast der Republik abgenommen hat und es seitdem „nur noch“ um die zukünftige Bedeutung und Gestaltung der Gründungskerne der Stadt Berlin geht, verwundert es dennoch, dass es den Parteien schwerfällt, sich im Umfeld des Rathauses eine Wiedergeburt des Städtischen anstelle des jetzigen sinnentleerten Staatsortes mit begleitender Stadtautobahn vorzustellen.

Exemplarisch für diese Unsicherheit steht die aus dem Geist der späten 60er Jahre im Kampf gegen Stadtautobahnen, Atomkraftwerke und autoritär vorgetragene Staatsplanungen groß gewordene Partei der Grünen. Als gäbe es keine alten Stadtpläne, wollen sie nach den Wahlen „... Wege suchen, die Plätze und Platzräume der Berliner Altstadt, den Spittelmarkt, Petriplatz und Molkenmarkt wieder sichtbar zu machen. Das Rathausforum, die Fläche zwischen Fernsehturm und Spree, soll unbebaut bleiben. Eine neue Flächengestaltung soll an den Altstadtgrundriss erinnern.“

Wo die Grünen immerhin noch „gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern“ suchen wollen und dabei vielleicht sogar neben dem Fernsehturm St. Marien, den Neuen Markt und Martin Luther entdecken, herrscht bei der seit dem Fall der Mauer (mit-)regierenden SPD offensichtlich ein hohes Maß an Ratlosigkeit. Sie müsste als langjährig für die städtebauliche Entwicklung Berlins zuständige Regierungspartei zwar wissen, wie der Stadtgrundriss aussah, die SPD-geführte Bauverwaltung baut in den nächsten Jahren die U-Bahnlinie 5 quer durch die Stadt, sie stellt den Regierenden Bürgermeister mit dem Dienstsitz mitten im Altstadtzentrum, lässt aber nichts darüber verlauten, wie es in Zukunft rund um das Rote Rathaus aussehen soll.

Nachdem sich die fachlich zuständige Bausenatorin und ihre Senatsbaudirektorin vor kurzem noch mit einem Vorschlag zur Anlage eines Wasserbeckens ganz in der Tradition der SED-Zukunftsplaner von 1959 hervorgetan haben, klammert die SPD das Thema des Umgangs mit St. Petri, mit dem Molkenmarkt und damit das Straßenverkehrsthema und natürlich den Umgang mit dem Altstadtareal ganz aus. Es gibt zwar einen Programmpunkt „Erinnerungskultur“, darunter wird aber nur das Thema Mauer und nicht die Auslöschung der Altstadt angesprochen. Dabei könnte die Partei der behutsamen Stadterneuerung und der Kritischen Rekonstruktion aus der West-Berliner IBA-Zeit der 80er Jahre auf eine eigene Tradition des spezifischen Umgangs mit ausgelöschten Straßen und Plätzen verweisen.

Anders als die ratlose SPD bezieht die Linke eindeutig Position. Sie plädiert ohne jeden Hinweis auf die Abrissgeschichte ihrer Vorgängerpartei dafür, „das Rathausforum zwischen Fernsehturm und Schlossplatz als grün geprägten öffentlichen Raum (zu) erhalten und (zu) qualifizieren“. Und als gäbe es nicht bereits konkrete Planungen und sogar Bauvorhaben, soll die Gestaltung des „Molken-

und Spittelmarktes (...) weiter diskutiert werden“. Was Gegenstand der Diskussion sein soll – Straßenprofile, Eigentumsverhältnisse, Nutzungsart, Architektur und anderes –, bleibt unklar. Und die Gründe, warum die seit langem „Rathausforum“ genannten Teile der Altstadt von Berlin „grün geprägt“ erhalten bleiben sollen, wird durch den Hinweis auf die Unverzichtbarkeit von „zusammenhängenden Kaltluftschneisen und -gebieten“ zwar ökologisch korrekt, inhaltlich aber nur sehr unzureichend aufgefangen.

Die Stadtbaugeschichte als Teil der Kultur und Identität auch der geteilten Stadt wird verdrängt, bleibt unerwähnt. Eine offensive Auseinandersetzung mit den DDR-Planungen, dem in dieser Zeit gebauten Fernsehturm, der stadtzerstörerischen Straßenplanung, dem Wiederaufbau des Nikolaiviertels gibt es nicht.

Verbal am mutigsten und damit ganz in der Tradition des sprichwörtlich immer im Werden befindlichen Berlins fordert dagegen die FDP statt „zwischen Alexanderplatz und Schlossplatz (...) den öden Ist-Zustand zu bewahren“, eine „ambitionierte Stadtplanung“, bei der „die bestehenden Spuren der Stadtgeschichte zu berücksichtigen“ seien.

Die Wahrnehmung der FDP eines „öden Ist-Zustandes“ produziert jedoch mit dem Ruf nach einer ambitionierten Stadtplanung die höchste Form der Unverbindlichkeit, lässt also die Frage offen, „welche bestehenden Spuren“ denn gemeint sein könnten. Wahrscheinlich gibt es in der unentwegt in die Zukunft blickenden FDP niemanden, der sich in der Stadtbaugeschichte der DDR und hier besonders mit ihrer antiliberalen Haltung einer vollkommenen Verstaatlichung der bürgerlichen Grundlagen der Stadtentwicklung auskennt, um daraus liberal begründete Konsequenzen zu ziehen.

Die ganze Hoffnung, doch wenigstens eine Partei zu finden, die sich in der Geschichte auskennt und die beim Blick in die Zukunft im Zweifelsfall bürgerliche Kriterien anlegt und die Tradition pflegt, ruht schließlich bei der CDU. Die Christlich-Konservativen hätten schließlich mit der Sprengung des Schlosses, dem Abriss der Kirchen, der Klosterschule, der Wohn- und Geschäftshäuser, mit der Verstaatlichung des privaten Grundbesitzes, der Aufstellung eines Marx-Engels-Denkmal in der traditionsreichen Heilige-Geist-Straße am ehesten Gründe für ein Wiederanknüpfen an vorsozialistische Spuren der Stadtgeschichte.

Wäre da nicht die wahrscheinlich auch zum Wohlgefallen der CDU autobahnähnlich ausgebaute Grunerstraße, wäre die Forderung nach einem Wiederaufbau der Stadt auf dem historischen Stadtgrundriss mit privaten Wohn- und Geschäftshäusern quasi die logische Konsequenz für eine konservative Partei. Ähnlich wie die SPD klammert sie jedoch das Thema in dem 100 Punkte umfassenden Programm der Dinge, die sich ändern müssen, aus.

Im Umgang mit den Gründungskernen Berlins erkennt man in den Positionen der Parteien eine für eine europäische Stadt ziemlich einmalige Erinnerungs- und Ahnungslosigkeit mit der Folge der völligen Ausklammerung des Themas oder der zeitgeistigen Beliebigkeit der Vorschläge für die Mitte der Stadt rund um das Rathaus mit St. Marien, Molkenmarkt und St. Petri.

Die politischen Parteien haben mit dieser Position weder die Spaltung noch die nachfolgende Verstaatlichung ihrer Geburtsorte verarbeitet, geschweige denn überwunden. Gefordert sind angesichts dieses Befundes engagierte Bürger, denen die Gründungskerne der Stadt mehr wert sind als die Anlage einer Kaltluftschneise gegenüber dem inhaltlich und architektonisch dominanten Humboldt-Forum.

Der Autor ist SPD-Mitglied, war von 1991 bis 1996 und von 1999 bis 2006 Senatsbaudirektor sowie von 1996 bis 1999 Staatssekretär für Planung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Zudem hat er das Buch „Berliner Altstadt: Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte“ herausgegeben. In einer der nächsten Ausgaben untersucht Stimmann die Haltung der Parteien zur Verlängerung der A 100.